



Text in Leichter Sprache

Mit-Reden in Berlin



Einige Infos

Einige Wörter in dem Text sind in dicker Schrift geschrieben.

Das sind schwere Wörter.

Die schweren Wörter werden im Text erklärt.



Text in Leichter Sprache

Mit-Reden in Berlin

Inhalt

Was steht in diesem Text?	5
Wie haben wir gearbeitet?.....	5
Was ist die Verwaltung in Berlin?	6
Das steht im UN-Vertrag	7
Was braucht man für gute Mit-Bestimmung?	8
Das steht in dem Berliner Gesetz.....	11
Wer kann in Berlin mit-reden?	11
Möglichkeiten zum Mit-Reden in Berlin	13
Ergebnisse aus der Befragung.....	14
Ergebnis: Barriere-Freiheit von Räumen und Technik.....	15
Ergebnis: Barriere-Freiheit von Infos und beim Austausch.....	16
Ergebnis: Unterstützung der Ehren-Amtlichen	18
Ergebnis: Schulungen für Selbstvertretungs-Gruppen	19
Ergebnis: Beteiligung gut planen.....	20
Ergebnis: Vorurteile gegen Menschen mit Behinderungen.....	21
Ergebnis: Wichtige Themen von der Verwaltung.....	22
Ergebnis: Wichtige Themen von den Beauftragten	23
Wie kann die politische Mit-Bestimmung von Menschen mit Behinderungen besser werden?.....	25
Über diesen Text.....	27
Über das Deutsche Institut für Menschen-Rechte	29

Was steht in diesem Text?

Wir haben einen Bericht geschrieben.

In dem Bericht ging es darum:

So können Menschen mit Behinderungen gut mit-reden.

Oft wird über Menschen mit Behinderungen bestimmt.

Aber Menschen mit Behinderungen haben eine eigene Meinung.

Sie wissen selbst am besten: Das ist wichtig für mich.

Deshalb wollten wir wissen:

So können Menschen mit Behinderungen in Berlin mit-reden.

Das haben sie selbst erlebt:

Wenn es um das Mit-Reden geht.

Wie haben wir gearbeitet?

Wir haben eine Umfrage zur Mit-Bestimmung von Menschen mit Behinderungen in Berlin gemacht.

Dafür haben wir 3 Frage-Bögen gemacht.

Es gab je 1 Frage-Bogen:

- Für Menschen mit Behinderungen.
- Für alle **Bezirks-Beauftragten** und die **Landes-Beauftragte** für Menschen mit Behinderungen.

Der **Bezirks-Beauftragte** ist eine Ansprech-Person in einem Stadt-Teil.

Die **Landes-Beauftragte** ist eine Ansprech-Person im Bundes-Land.

Beide Personen setzen sich für die Interessen von Menschen mit Behinderungen ein.



Frage-Bogen	
mmmmmm ?	
mmmm ▶ 😊 😐 😞	
mmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmmmmmm	

- Für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der **Berliner Verwaltung**.
Damit sind Ämter und Büros von der Stadt Berlin gemeint.

Wir haben auch mit den Mitgliedern vom **Berliner Rat** gesprochen.

Das ist eine Interessen-Vertretung in Berlin.

Sie setzt sich für die Wünsche und Forderungen von Menschen mit Lernschwierigkeiten ein.

Und wir haben mit vielen anderen Menschen gesprochen.

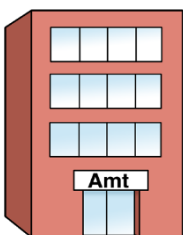
Was ist die Verwaltung in Berlin?

Mit **Berliner Verwaltung** sind Ämter und Büros von der Stadt Berlin gemeint.

In Berlin gibt es die **Senats-Verwaltungen**.

Die **Senats-Verwaltungen** gehören zur Regierung von Berlin.

Eine Senats-Verwaltung ist so etwas wie ein Ministerium von Berlin.



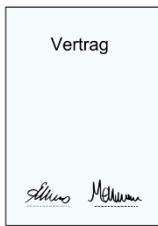
Jede Senats-Verwaltung hat bestimmte Aufgaben-Bereiche.

Sie kümmert sich zum Beispiel um:

- Arbeit.
- Wohnen.
- Verkehr.

Die Senats-Verwaltungen können wichtige Dinge entscheiden.
Diese Entscheidungen sind wichtig für alle Menschen in Berlin.

Das steht im UN-Vertrag



Vor mehr als 10 Jahren haben viele Länder einen Vertrag gemacht:

UN-Behinderten-Rechts-Konvention.

Man kann auch UN-Vertrag sagen.



UN ist eine englische Abkürzung für Vereinte Nationen.

Das ist eine Versammlung von fast allen Ländern auf der Welt.

Im UN-Vertrag stehen die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Darin stehen auch Regeln für politische Mit-Bestimmung.

Damit Menschen mit Behinderungen mit-reden können:

Wenn es um Entscheidungen vom Staat geht.



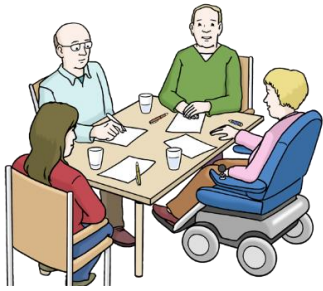
Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Mit-Bestimmung.

Menschen mit Behinderungen wollen mit-reden:

- In der Politik.
- In der Stadt.

Dafür arbeiten sie oft in Selbstvertretungs-Gruppen zusammen.

Was braucht man für gute Mit-Bestimmung?



Selbstvertretungs-Gruppen.

Selbstvertretungen sind wichtig.

Sie kennen die Wünsche und Forderungen von Menschen mit Behinderungen.

Sie müssen bei Entscheidungen mit-reden.

Mit-Arbeit von Menschen mit Behinderungen.

Mit-Bestimmung bedeutet:

Alle Menschen mit Behinderungen können mit-reden.

Egal welche Behinderung eine Person hat.

Mit-reden können zum Beispiel:

- Kinder mit Behinderungen
- Frauen mit Behinderungen.
- Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.

Wenn sie Hilfe brauchen:

Dann sollen sie eine Assistenz bekommen.

Infos.

Alle Beteiligten brauchen Infos.

Damit sie wissen: Darum geht es. Das ist wichtig.

Manche Infos muss man in Leichter Sprache schreiben:

Damit alle die Infos gut verstehen.

Wenn Menschen mit Lern-Schwierigkeiten Hilfe brauchen:

Dann sollen sie diese Hilfe bekommen.

Zum Beispiel mit einer Assistenz.



Meinung von Selbstvertretungen.

Selbstvertretungs-Gruppen sollen rechtzeitig befragt werden.

Die Meinung von Menschen mit Behinderungen ist besonders wichtig.

Sie soll zuerst gehört werden.



Zeit.

Selbstvertretungen brauchen genug Zeit:

Damit sie sich gut vorbereiten können.

Damit sie gut mit-reden können.

Damit sie eigene Vorschläge machen können.

Hilfen.

Wenn Menschen Hilfe brauchen:

Damit sie gut mit-machen können.

Dann sollen sie diese Hilfen bekommen.

Respekt.

Alle nehmen sich ernst.

Alle sind gleich wichtig.

Alle sind gleich viel wert.

Niemand ist wichtiger.

Gemeinsamer Wille.

Wenn alle gemeinsam an einer Lösung arbeiten wollen:

Dann kann man gut zusammen-arbeiten.

Planung von der Zusammen-Arbeit.

Alle einigen sich:

So arbeiten wir zusammen.



Alle verstehen die Regeln.

Alle wissen:

So arbeiten wir zusammen.

Da sind unsere Regeln.

Rückmeldung zu den Ideen.

Menschen mit Behinderungen waren bei Entscheidungen beteiligt.

Sie sollen wissen:

- Das ist mit unseren Ideen passiert.
- Mit diesen Ideen wird gearbeitet.
- Mit diesen Ideen wird nicht gearbeitet.
- Deshalb wird mit diesen Ideen nicht gearbeitet.

Hilfe und Geld.

Organisationen von Menschen mit Behinderungen brauchen Hilfe und Geld:

Damit sie ihre Arbeit gut machen können.

Vielleicht brauchen sie auch eine Schulung zum Thema Mit-Bestimmung.

Der Staat muss sich darum kümmern:

Menschen mit Behinderungen bekommen das Wissen und die Möglichkeiten für eine gute Beteiligung.

So können sie bei politischen Entscheidungen gut mit-reden.



Das steht in dem Berliner Gesetz

In Berlin gibt es ein neues Gesetz:

Das **Landes-Gleichberechtigungs-Gesetz**.

Darin geht es auch um die Mit-Bestimmung von Menschen mit Behinderungen.

In dem Gesetz steht:



Menschen mit Behinderungen können mit-reden.

Alles muss barrierefrei-sein.

Es gibt Geld für Selbstvertretungs-Gruppen.

Damit bekommen viele Selbstvertretungs-Gruppen Geld für:

- Hilfen.
- Assistenz.
- Infos in Leichter Sprache.
- Übersetzung in Gebärdensprache.

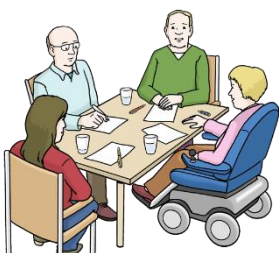
Wer kann in Berlin mit-reden?

Landes-Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Das ist eine Arbeits-Gruppe.

Dort arbeiten viele Menschen aus Selbstvertretungs-Gruppen zusammen. Sie beraten darüber:

- Das ist nicht gut für Menschen mit Behinderungen.
- Das soll besser werden.



Bezirks-Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Auch in den Berliner Stadt-Teilen gibt es Arbeits-Gruppen von Menschen mit Behinderungen.

Arbeits-Gruppe für Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung.

Dort arbeiten:

- Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus der Verwaltung
- Selbstvertretungs-Gruppen.
- Der oder die Landes-Beauftragte für Menschen mit Behinderungen.
- 1 Bezirks-Beauftragter oder 1 Bezirks-Beauftragte für Menschen mit Behinderungen.



Koordinierungs-Stellen in den Senats-Verwaltungen.

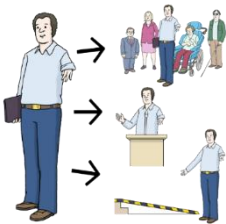
Das sind Büros.

Dort wird die Zusammen-Arbeit mit Menschen mit Behinderungen geplant.

Im Landes-Gleichberechtigungs-Gesetz steht:

Jede Senats-Verwaltung hat so ein Büro.

So klappt die Mit-Bestimmung besser.



Landes-Beauftragte für Menschen mit Behinderungen.

Diese Person setzt sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein.

Der Landes-Beirat berät die Landes-Beauftragte.

Bezirks-Beauftragte für Menschen mit Behinderungen.

Diese Person setzt sich in einem Stadt-Teil für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein.

Die Bezirks-Beiräte beraten die Bezirks-Beauftragten.

Möglichkeiten zum Mit-Reden in Berlin

Es gibt 3 Möglichkeiten:

Wenn Menschen mit Behinderungen mit-reden wollen.

1. Man kann im Bezirks-Beirat oder im Landes-Beirat mit-arbeiten.

Hier können die Menschen gemeinsam beraten:

- Diese Themen sind wichtig.
- Für diese Probleme schlagen wir diese Lösungen vor.

Sie sagen der Landes-Beauftragten oder dem Bezirks-Beauftragten:

- Diese Lösung finden wir gut.
- Diese Probleme gibt es noch.

2. Die Arbeits-Gruppen für Menschen mit Behinderungen in den Senats-Verwaltungen.

Dort geht es darum:

- Diese Probleme gibt es in Berlin für Menschen mit Behinderungen.

- Das können Lösungen sein.

Mit diesem Wissen können sie gute Entscheidungen treffen.

Das funktioniert manchmal noch nicht so gut.



3. Der Landes-Beirat spricht direkt mit der Regierung von Berlin.

Diese Möglichkeit gibt es nun durch das neue Landes-Gleichberechtigungs-Gesetz.

Der Landes-Beirat kann die Regierung beraten und sagen:

- Diese Probleme gibt es.
- Diese Lösungen sind gut für Menschen mit Behinderungen.

Ergebnisse aus der Befragung

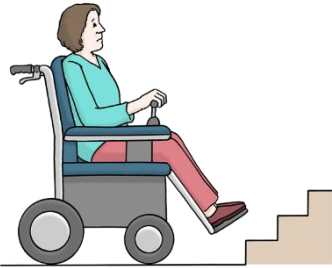
Hier wollen wir die Ergebnisse von unseren Frage-Bögen zeigen.

Und wir wollen die Ergebnisse aus den Veranstaltungen zeigen.

Wir haben die Ergebnisse nach Themen sortiert.

Ergebnis:

Barriere-Freiheit von Räumen und Technik



Räume für Sitzungen sind oft nicht barriere-frei.

Menschen mit Behinderungen haben Probleme:

Wenn sie ihre Arbeits-Gruppe treffen wollen.

Weil sie schwer in die Räume hinein-kommen.

Oft fehlt auch die richtige Technik bei Sitzungen.

Zum Beispiel:

- Mikrofone.
- **Induktions-Schleifen.**

Damit Menschen mit Hör-Geräten alles gut verstehen können.



Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Ämtern
und Büros sagen:

Oft fehlt die richtige Technik für Sitzungen im Internet.

Deshalb machen sie Telefon-Konferenzen.

Das ist aber nicht für alle Menschen gut.



Wir empfehlen:

- Gebäude sollen für alle Menschen gleich gut sein.
Sie sollen barriere-frei sein.
Daran muss beim Bauen und Umbauen gedacht werden.
Alle Räume für Sitzungen sollen barriere-frei sein.
- Die Verwaltung soll die Technik bekommen:
Damit dort barriere-freie Sitzungen möglich sind.
Damit auch barriere-freie Sitzungen im Internet möglich sind.
- Arbeits-Räume für Beiräte sollen immer
Mikrofone und Induktions-Schleifen haben.

Ergebnis:

Barriere-Freiheit von Infos und beim Austausch



Viele Menschen mit Behinderungen können Infos schlecht verstehen.

Deshalb können sie schlecht mit-reden und mit-entscheiden. Es gibt wenig Infos in Leichter Sprache.

Viele Menschen in der Verwaltung wissen zu wenig darüber:

- Das ist die Leichte Sprache.
- So macht man die Sitzungen barriere-frei.

Deshalb können sie schlecht barriere-freie Sitzungen anbieten.

Menschen mit Lern-Schwierigkeiten haben gesagt:

Sie brauchen eine Assistenz.

- Damit man alle Informationen gut versteht.
- Damit man sich gut vorbereiten kann.
- Damit man gut bei den Sitzungen mit-reden kann.
- Damit sie gut im Bezirks-Beirat mit-reden können. Oder in einer Arbeits-Gruppe von der Senats-Verwaltung.



Die Assistenz hilft:

- Zum Beispiel in der Sitzung.
- Oder bei der Vorbereitung von einer Sitzung.

Wenn man für die Arbeit als Selbstvertreter bezahlt wird:
Dann kann man Assistenz beantragen.

Aber.

Viele Menschen machen Selbstvertretung im Ehren-Amt.
Sie bekommen kein Geld für diese Arbeit.

Es ist schwer:

Wenn sie eine Assistenz beantragen wollen.



Wir empfehlen:

- Eine Person bekommt eine Assistenz:
Wenn diese Person Hilfe braucht.
- In der Verwaltung soll eine Person für
Leichte Sprache und Barriere-Freiheit zuständig sein:
Sie soll sich um Übersetzungen
in Leichte Sprache kümmern.
Und sie soll Dokumente barriere-frei machen.
- Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in
der Verwaltung sollen lernen:
So übersetzt man Texte in Leichte Sprache.
So macht man Dokumente barriere-frei.
- Alle Sitzungen müssen barriere-frei sein.
Es gibt Dolmetscher für Leichte Sprache.
Und es gibt Dolmetscher für Gebärden-Sprache.
- Alle Einladungen und Infos müssen barriere-frei sein.
Wichtige Infos muss es in Leichter Sprache geben.

Ergebnis:

Unterstützung der Ehren-Amtlichen

Viele Menschen mit Behinderungen sagen:
Mit-Reden ist schwer.



Für gute Mit-Bestimmung fehlen:

- Menschen, die mit-arbeiten wollen.
- Geld, damit man gut mit-arbeiten kann.
- Zeit, damit man Aufgaben machen kann.

Menschen mit Behinderungen können schlecht mit-reden:

- Wenn die Verwaltung schnell eine Meinung von den Selbstvertretungen braucht.
- Wenn die Sprache schwer ist.
- Wenn deshalb Infos nicht oder falsch verstanden werden.



Wir empfehlen:

- Selbstvertretungen sollen Geld bekommen:
Wenn sie an den Sitzungen teilnehmen.
- Selbstvertretungen sollen Hilfe bekommen.
Zum Beispiel:
Geld.
Mehr Personen, die mit-arbeiten.

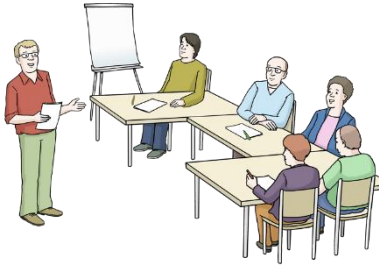
Ergebnis:

Schulungen für Selbstvertretungs-Gruppen

Viele Menschen mit Behinderungen wünschen sich Schulungen.

Sie wollen gern lernen:

- So arbeiten Politik und Verwaltung.
- So kann man gut mit-reden und mit-bestimmen.



Wir empfehlen:

- Es soll Schulungen für alle Menschen mit Behinderungen geben.
- Zum Beispiel zu diesen Themen:
So arbeiten die Senats-Verwaltungen.
So geht politische Mit-Bestimmung.
- Diese Schulungen soll es auch in Leichter Sprache geben.

Ergebnis:

Beteiligung gut planen

Oft wissen Menschen in der Verwaltung nicht:

Zu diesem Zeitpunkt sollen Menschen mit Behinderungen mit-reden.

Manchmal dürfen Menschen mit Behinderungen zu spät mit-reden.

Oder es wird gesagt:

Menschen mit Behinderungen kennen sich mit einem Thema nicht gut aus.

Deshalb soll aufgeschrieben werden:

Ab diesem Zeitpunkt werden Selbstvertretungen beteiligt.

Das soll in einem **Leitfaden** für die Menschen in der Verwaltung stehen.

Das ist ein Heft mit Regeln für gute Mit-Bestimmung von Menschen mit Behinderungen.

Wir empfehlen:

– Menschen mit Behinderungen sollen von Anfang an mit-reden.

Dann haben sie genug Zeit:

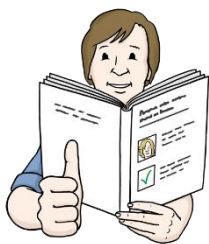
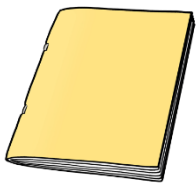
Damit sie untereinander beraten und abstimmen können.

– Menschen mit Behinderungen müssen erfahren:

Das ist aus unseren Ideen geworden.

Mit diesen Ideen wird weiter-gearbeitet.

Mit diesen Ideen kann nicht weiter-gearbeitet werden.



Ergebnis:

Vorurteile gegen Menschen mit Behinderungen

Manchmal denken Menschen schlecht über Menschen mit Behinderungen.

Auch wenn sie keine Menschen mit Behinderungen kennen.

Das nennt man **Vorurteile** oder **Vorbehalte**.

Das gibt es auch in der Verwaltung.

Dort wollen manche Menschen nicht mit Menschen mit Behinderungen zusammen-arbeiten.

Sie denken:

Menschen mit Behinderungen können schlecht mit-reden.

Das ärgert Menschen mit Behinderungen.

Menschen in der Verwaltung sollten wissen:

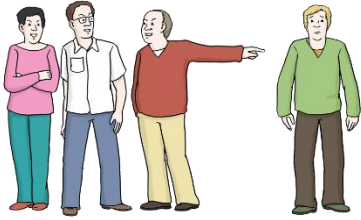
Menschen mit Behinderungen sind Experten.

Wenn sie das noch nicht wissen:

Dann sollen sie das in einer Schulung lernen.

Wir empfehlen:

- Schulungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Verwaltung.
- Darin soll es um diese Themen gehen:
Das steht im UN-Vertrag.
Deshalb sind Menschen mit Behinderungen gute Experten in eigener Sache.



Ergebnis:

Wichtige Themen von der Verwaltung



Bedeutung von Behinderten-Politik.

Behinderten-Politik soll wichtiger werden.

Man muss in der Politik merken:

Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind wichtig.

Dieses Thema wird ernst genommen.

Beteiligung führt zu guten Lösungen.

Viele Menschen in der Verwaltung denken:

Es macht viel mehr Arbeit.

Wenn Menschen mit Behinderungen mit-reden.

Aber wenn Menschen mit Behinderungen mit-reden:

Dann sind die Ergebnisse meistens besser.

Es entstehen keine neuen Barrieren.



Koordinierungs-Stellen in den Senatsverwaltungen

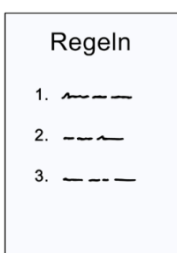
Das sind Planungs-Büros in der Berliner Verwaltung.

Sie sind wichtig für die Mit-Bestimmung von Menschen mit Behinderungen.

Diese Büros gibt es in jeder Senats-Verwaltung.

Diese Büros brauchen:

- Genug Geld.
- Genug Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.
- Regeln für gute Mit-Bestimmung.



Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Verwaltung sollen die Regeln für gute Mit-Bestimmung kennen.

Alle sollen wissen:

Dann dürfen Selbstvertretungs-Gruppen mit-reden.

Ergebnis:

Wichtige Themen von den Beauftragten



Die Landes-Beauftragte für Menschen mit Behinderungen braucht mehr Unterstützung.

Sie hat sehr viele Aufgaben.

Sie braucht genug Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen:

Damit sie alle Aufgaben gut machen kann.



Es gibt Regeln:

Bei diesen Entscheidungen darf die Landes-Beauftragte mit-reden.

Aber diese Regeln werden nicht immer beachtet.

Das ist schlecht.

Manchmal wird die Landes-Beauftragte gar nicht nach den Interessen von Menschen mit Behinderungen gefragt.

Oder sie wird zu spät gefragt.

Dann hat sie nicht genug Zeit.

Dann kann sie schlecht mit-reden.

So kann die Landes-Beauftragte die Interessen von Menschen mit Behinderungen nicht gut vertreten.

Das muss besser werden.



Die Berliner Landes-Beauftragte findet:

Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Verwaltung sollen wissen:

- Der UN-Vertrag ist wichtig.
- Diese Regeln stehen im UN-Vertrag.
- So können diese Regeln beachtet werden.



Viele denken:

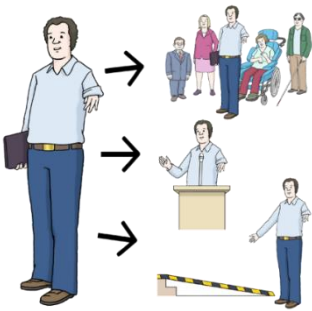
Nur die Menschen aus der Behinderten-Politik kümmern sich um die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Aber das stimmt nicht:

Die Regeln aus dem UN-Vertrag müssen überall gleich gut beachtet werden.

Zum Beispiel auch in den Bereichen Verkehr und Lernen.

Auch in diesen Bereichen sollen Selbstvertretungs-Gruppen mit-reden.



Die Bezirks-Beauftragten haben sehr viele Aufgaben.

Sie brauchen mehr Unterstützung.

Sie brauchen genug Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen:

Damit sie alle Aufgaben gut machen können.

Die Bezirks-Beauftragten wollen:

- Eine bessere Zusammen-Arbeit mit den Bezirks-Beiräten.
- Mehr Treffen von den Bezirks-Beiräten.
- Schulungen für die Mitglieder im Bezirks-Beirat.
- Die Mitglieder im Bezirks-Beirat sollen Geld bekommen:
Wenn sie an den Sitzungen teilnehmen.
Und wenn sie in dieser Zeit nicht arbeiten können.

Wie kann die politische Mit-Bestimmung von Menschen mit Behinderungen besser werden?

Das sind die wichtigsten Ergebnisse aus unserem Bericht.
Das empfehlen wir:



1. Organisationen von und mit Menschen mit Behinderungen müssen stark sein.

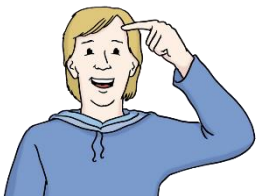
Sie brauchen genug Geld und genug Menschen:
Damit sie gut arbeiten können.
Der Landesbeirat soll auch den **Senat** beraten.
Der Senat ist die Regierung von Berlin.

2. Menschen mit Behinderungen sollen in der Politik mit-reden

Dafür muss die Verwaltung die Regeln für Mit-Bestimmung beachten.
Diese Regeln stehen im UN-Vertrag.
Wenn Menschen mit Behinderungen bei Entscheidungen mit-reden:
Dann sollen es gute Entscheidungen werden.
Es soll keine zusätzlichen Barrieren geben.

3. Barriere-Freiheit ist wichtig für gute Mit-Bestimmung.

Menschen mit Behinderungen sollen alle Infos bekommen:
Damit sie gut mit-reden und mit-entscheiden können.
Sie müssen alle Infos gut verstehen.



4. Die Berliner Landes-Beauftragte soll bei allen wichtigen Gesetzen und Regeln die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertreten.

Sie muss alle Infos rechtzeitig bekommen:

Damit sie gut mit-arbeiten kann.

Das muss in der Zukunft besser werden.

5. Mit-Arbeit von den Bezirks-Beauftragten

Die Bezirks-Beauftragten müssen beteiligt werden:

Wenn die **Koordinierungs-Stellen** in den Bezirken aufgebaut werden.

Das sind Planungs-Büros in der Berliner Verwaltung.

Sie planen die Mit-Bestimmung von Menschen mit Behinderungen.



6. Politische Forderungen

In Berlin wurde im September 2021 gewählt.

Es gibt eine neue Regierung in Berlin.

Die neue Regierung muss sagen:

- Politische Mit-Bestimmung von Menschen mit Behinderungen ist wichtig.
- Die Regeln aus dem UN-Vertrag werden beachtet.
- Menschen mit Behinderungen können bei allen Themen mit-reden.
- Menschen mit Behinderungen müssen immer gehört werden.



7. Bedeutung von Behinderten-Politik

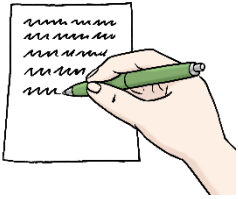
Behinderten-Politik soll ein wichtiges Thema im Land Berlin sein.

Es muss ein wichtiges Thema werden.

So steht es im UN-Vertrag.

Über diesen Text

Wer hat diesen Text gemacht?



Der Text ist vom

Deutschen Institut für Menschen-Rechte

Das ist die Adresse vom Institut:

Zimmerstraße 26/27

10969 Berlin

Telefon: 030 25 93 59 0

E-Mail: info@institut-fuer-menschenrechte.de

www.institut-fuer-menschenrechte.de/leichte-sprache

Dr. Judith Striek hat den Text in schwerer Sprache bearbeitet.

Sie arbeitet beim Deutschen Institut für Menschen-Rechte.

Marlene Seifert hat den Text in Leichte Sprache übersetzt.

Mensch zuerst - Netzwerk People First Deutschland e.V.

haben den Text geprüft.

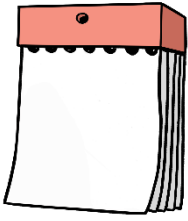
Wer hat die Bilder gemacht?



Die Bilder sind von: © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e. V.

Illustrator: Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

Mehr Infos



Der Text ist vom Dezember 2021.

Den gesamten Text gibt es auch in Schwerer Sprache.

Er heißt: Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in Berlin.

Erfahrungen, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen (Bericht).

Infos zu Rechten am Text stehen hier

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Diese Rechte nennt man auch: **Lizenz**



Über das Deutsche Institut für Menschen-Rechte

Das **Deutsche Institut für Menschen-Rechte** heißt kurz: **DIMR**.

Das DIMR achtet in Deutschland auf wichtige Rechte von allen Menschen.

Diese Rechte nennt man: **Menschen-Rechte**.

Zum Beispiel:

- Jeder Mensch ist frei.
- Jeder Mensch ist gleich gut und wichtig.
- Jeder Mensch darf seine Meinung sagen.



Was macht das DIMR?

Das DIMR gibt Infos über Menschen-Rechte.

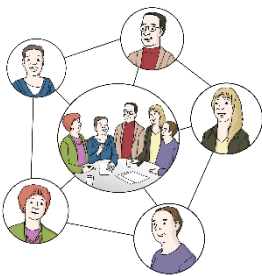
Zum Beispiel für die Politik.

Das DIMR forscht über Menschen-Rechte.

Zum Beispiel:

Beachtet Deutschland die Menschen-Rechte?

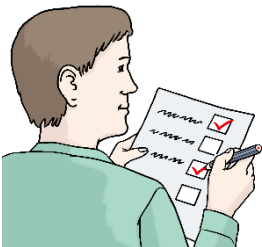
Das DIMR arbeitet auf der ganzen Welt mit vielen Organisationen zusammen.

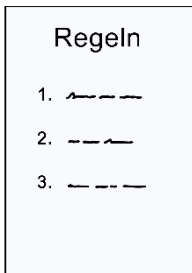


Das DIMR prüft auch, ob Deutschland sich an wichtige Rechte hält.

Zum Beispiel:

- Rechte für Menschen mit Behinderungen:
Die UN-Behindertenrechts-Konvention.
- Rechte für Kinder:
Die UN-Kinderrechts-Konvention.





Wie arbeitet das DIMR?

Für das DIMR gibt es Regeln.

Die Regeln heißen: **Pariser Prinzipien** der Vereinten Nationen.

In den Regeln steht zum Beispiel:

Keine Partei oder Organisation bestimmt, wie das DIMR arbeitet.

Das DIMR bestimmt das selbst.

Das DIMR bekommt für die Arbeit Geld vom Deutschen Bundestag.

Aber auch der Bundestag bestimmt nicht, wie das DIMR arbeitet.



Deutsches Institut für Menschen-Rechte

Zimmerstraße 26/27
10969 Berlin

www.institut-fuer-menschenrechte.de